

Sie wollen die Kanti wirklich

Die Schule wäre gut für Lenzburg, das Seetal – und den restlichen Kanton. Dafür weibeln Stadt und Bezirk.

Eva Wanner

Brugg oder Lenzburg, das ist die Frage. Während Brugg in die Werbe-Offensive ging, hielt sich Lenzburg bisher eher zurück. Dass man gerne der neue Mittelschulstandort wäre, ja, das wurde schon geäussert. Am meisten öffentlich dafür geworben wurde bisher aber mit Jugendfestsprüchen. Da hiess es etwa: «D Brugger tüend nid bummele, Schlönd d Kanti-Werbetrommle. Böses iez mir schwanet, De Amme säit: «Mir planed.»»

Begründet wurde die Zurückhaltung damit, dass der Kanton den Standortentscheid immer weiter rausgeschoben hat. Schon vor zwei Jahren hätte er gefällt werden sollen, nun ist die Anhörung für das kommende Frühjahr angesetzt. Sollte das so bleiben und der Grosse Rat wie geplant auch noch im nächsten Jahr den Entscheid fällen, könnte die neue Kanti in neun bis zehn Jahren in Betrieb genommen werden.

Jetzt treten zwei der drei Player, welche die Mittelschule gerne in Lenzburg hätten, erstmals mit klaren Voten an die Öffentlichkeit. An einem Medientermin weibeln für den Standort: Daniel Mosimann, SP-Stadtammann von Lenzburg, und Jörg Bruder, Vizepräsident des Gemeindeverbands Lebensraum Lenzburg Seetal (LLS) und FDP-Gemeindeammann von Seengen. Mosimann präsidiert den LLS, betont aber, diesen Hut für das Gespräch an den Vize weitergereicht zu haben. Dritte Werbeträgerin ist die IG Kanti Lenzburg. Sie hatte sich gegründet, nachdem die



Fiele der Entscheid auf Lenzburg, würde aus dem Zeughaus-Areal die neue Kantonsschule. Bild: mik



Jörg Bruder,
Vizepräsident
des LLS.



Stadtammann
Daniel
Mosimann.

Ortsbürgergemeinde zunächst Nein dazu gesagt hatte, das Zeughaus-Areal für die neue Schule zur Verfügung zu stellen. Vor einem Jahr sagten die Ortsbürgerinnen und Ortsbürger dann doch ja.

Nun denn, auch Mosimann und Bruder sind sich einig: Lenzburg soll es sein, ja, muss es

sein. Hinter ihnen stehen ausserdem alle 26 Verbandsgemeinden des LLS. Das haben die Ammänner mit ihren Unterschriften in einem Brief an Alex Hürzeler, Vorsteher des Departements Bildung, Kultur und Sport, deutlich gemacht. Der Brief wurde diese Woche verschickt.

Darin heisst es unter anderem, dass der Lebensraum Lenzburg Seetal mit seinen 75 000 Einwohnerinnen und Einwohnern sowie 35 000 Arbeitsplätzen ein gewichtiger Wohn- und Wirtschaftsstandort im Kanton sei. In den letzten 20 Jahren sei der Bezirk Lenzburg um knapp 42 Prozent gewachsen – deutlich mehr als der

kantonale Durchschnitt mit lediglich 27 Prozent.

Bei den 0- bis 5-jährigen, den potenziellen künftigen Kantonsschülerinnen und -schülern, habe das Wachstum gar 38 Prozent betragen; kantonsweit waren es nur 18 Prozent. Und gemäss der Aargauer Bevölkerungsprojektionen 2020–2050 halte das Wachstum an.

Seetal hat klare Erwartungshaltung

So viel also zu den nackten Zahlen. Aber was hat Lenzburg denn, das Brugg nicht hat? Mosimann antwortet: «Wir liegen in der Mitte des Kantons und sind von überall her gut erreichbar. Auch von Brugg aus.» Um

Aarau zu entlasten, wäre Lenzburg ideal. Das Zeughaus-Areal sei ausserdem gut mit dem öffentlichen Verkehr zu erreichen. Und bis die Kantonsschule realisiert würde, dürfte auch der neue Bahnhof fertiggestellt sein, zeigt sich der Stadtammann optimistisch.

Bruder hebt etwas heraus, was bisher nicht existiert: ein angenehmer Schulweg für die Schülerinnen und Schüler der Region, insbesondere des Oberen Seetals. «Sie brauchen rund 45 Minuten. Für einen Weg, wohlgemerkt.» Der LLS-Vize betont deshalb: «Insbesondere das Obere Seetal hat ganz klar die Erwartung, dass die Schülerinnen und Schüler nicht noch weiter reisen müssen. Lenzburg soll es sein und kein anderer Standort.»

Vorteile ergäben sich auch für die Stadt

Vor über 20 Jahren traten Brugg und Lenzburg schon einmal in einem Rennen um eine Schule gegeneinander an. Die Fachhochschule Nordwestschweiz wurde schliesslich aber in Brugg-Windisch gebaut. «Es wäre eine verpasste Chance, Lenzburg ein weiteres Mal nicht zu berücksichtigen», sagt der LLS-Vizepräsident.

Auch für die Stadt. Es sei natürlich ein Standortvorteil, alle Schulen beieinander zu haben, sagt Mosimann, «wir wären dann definitiv ein umfassender Bildungsstandort». Eine Kanti hätte ausserdem positive Auswirkungen auf die nähere Umgebung; sie würde mehr Aktivitäten bringen, als es das alte Zeughaus-Areal tut.

Hallwilersee-Schutzverordnung lockern?

Die Schutzverordnung des Baldeggers- und Hallwilersees soll gelockert werden. Dies fordert der Hochdorfer (LU) Kantonsrat Adrian Nussbaum in einem Postulat. Laut dem Mitte-Fraktionspräsidenten sei der Schutz der beiden Seen und der Uferlandschaft «von hoher Wichtigkeit». Gleichzeitig sei aber auch sicherzustellen, dass die Bevölkerung «die Schönheit der Region» erleben könne, heisst es darin. Dadurch könnte die Akzeptanz des Naturschutzes gesteigert werden.

Kantonsrat Nussbaum fordert den Luzerner Regierungsrat deshalb dazu auf, diverse Anpassungen an der Schutzverordnung zu prüfen. Dadurch sollen beispielsweise Wanderwege, Sitzgelegenheiten und Grillstellen gebaut werden oder auch mobile Bauten wie Zelte zeitlich beschränkt errichtet werden können.

Auch die Umsetzung des Seerundwegs würde der Treuhänder begrünnen. Ein solcher sorgt beim Baldeggersee seit langem für Diskussionen. Aktuell ist eine entsprechende Teilanpassung der Schutzverordnung im Gange; der Regierungsrat werde das Geschäft demnächst beraten, heisst es auf Anfrage.

Pro Natura: Flora und Fauna nicht weiter stören

Und was hält Pro Natura Luzern von Nussbaums Anliegen? Die Naturschutzorganisation ist Eigentümerin des Baldeggersees. Für die Anpassung der Schutzverordnung sei der Kanton zuständig, schreibt Geschäftsführerin Patricia Burri. Aber: «Wir stehen einer Anpassung kritisch gegenüber. Uns ist es wichtig, dass der Schutz von Flora und Fauna aufrechterhalten bleibt.»

Eine Lockerung der Schutzbestimmungen würde Pro Natura insbesondere dann ablehnen, wenn dies zu einer stärkeren Beeinträchtigung von Schutzzonen führen würde. Dies etwa durch vermehrte Störungen, die für Flora und Fauna problematisch sein könnten.

Wann der Kantonsrat den Vorstoss von Adrian Nussbaum behandelt, steht noch nicht fest. Unterzeichnet haben ihn 36 Mitglieder des 120-köpfigen Parlaments. Nussbaum schreibt, dass die allfällige Anpassung in einem breit abgestützten Mitwirkungsprozess mit Gemeinden, Pro Natura, Grundeigentümerinnen und Bewirtschaftern, betroffenen Organisationen und der Bevölkerung vorgenommen werden soll. (jon)

Kreisschulrätin fordert Aufarbeitung des Falls Zelgli

Hat die Kreisschule Aarau-Buchs «ihre Pflichten grob vernachlässigt»? Das will Nicole Burger (SVP) wissen.

Nadja Rohner

Die Aarauer Kreisschulrätin Nicole Burger (SVP) fordert vom Schulvorstand eine umfassende Aufklärung der Geschehnisse an der Bezirksschule Zelgli. Dort war es mutmasslich zu Mobbing, Drohungen, körperlichen Angriffen und sogar Schutzgeld-erpressungen gekommen, wie die AZ diese Woche aufdeckte. «Solche Berichte irritieren und schockieren», schreibt Burger nun in ihrem Postulat. «Der Schulvorstand wird gebeten, die Vorgänge in einzelnen Klassen

der Bezirksschule umfassend abzuklären, geeignete Massnahmen zu treffen, eigene Strafanzeigen zu prüfen und dem Kreisschulrat Bericht darüber zu erstatten.»

Künftig soll Schule «adäquat und schnell» reagieren

Diese Vorgänge bedürfen einer sorgfältigen Abklärung, findet die Juristin. «Der Kreisschule Aarau-Buchs obliegt eine umfassende Fürsorgepflicht gegenüber ihren Schülerinnen und Schülern. Treffen die Berichte zu, so wurde diese Pflicht grob

vernachlässigt. Im Gegenteil müsste sogar von einem ausgeprägten Täterschutz die Rede sein.» Bei den Abklärungen solle es nicht darum gehen, die Verantwortlichen an den Pranger zu stellen. «Vielmehr ist zu gewährleisten, dass in künftigen Fällen adäquat und schnell reagiert wird. Dazu müssen allfällige Versäumnisse jedoch minutiös aufgearbeitet werden.» Auch soll geprüft werden, ob es an anderen Standorten der Kreisschule Aarau-Buchs zu ähnlichen Problemen gekommen ist.

Burger will auch prüfen lassen, «ob die Kreisschule Aarau-Buchs ihrerseits Strafanzeige zu erstatten hat»: «Sollten tatsächlich Delikte im vermuteten Ausmass vorfallen sein, dürfte dies ihre Pflicht sein, zumal den Opfern ein gewisses Schutzbedürfnis zuzusprechen ist.» Soweit bekannt, hat nur eine Familie – jene des am stärksten betroffenen Mädchens – Anzeige gegen die mutmasslichen Täter eingereicht. Dies, obwohl ihnen unter anderem die Schule Formulare zukommen liess, mit denen sie ihren Verzicht auf eine Strafanzeige hätten er-

klären sollen. Andere Eltern hatten keine Strafanzeige eingereicht – dem Vernehmen nach auch, weil sie ihre Kinder nicht den Belastungen eines Verfahrens als Zeugen respektive Kläger aussetzen wollten.

Sollte das Postulat überwiesen werden, wird sich der Schulvorstand vertieft mit den Vorwürfen auseinandersetzen müssen. Vier von fünf Vorstandsmitgliedern sind erst seit April 2022 in ihrem Amt, als die mutmasslichen Probleme bereits auf ihrem Höhepunkt angekommen waren.

ANZEIGE

Samstag 5. November
REISEWELTEN
der Event

Jetzt gratis anmelden

www.reisewelten.ch

Die Ferienmesse im Reisezentrum Windisch

- ✓ Über 35 Vorträge & 50 Aussteller
- ✓ Individuelle Beratungen von Reisespezialisten
- ✓ Street Food & Drinks
- ✓ Gratis Shuttlebus ab diversen Schweizer Städten

knechtreisen